REDE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

Die politische Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack

I. Einführung

1. Die Frage nach der politischen Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft zielt auf jene wirtschaftspolitische Idee, die von deutschen Ökonomen und Rechtswissenschaftlern im Angesicht von Krisen und Machtmissbrauch entwickelt wurde; sie zielt auf die Umstände und Rahmenbedingungen, unter denen diese Idee verwirklicht werden konnte, sowie auf ihre gesellschaftliche Rezeption – damals wie heute. Der historische Erfolg der sozialen Marktwirtschaft macht die erneute Beschäftigung mit ihren Grundlagen aus heutiger Sicht attraktiv. Sie ist weder per se veraltet, noch sollte sie unkritisch bejubelt oder gar unreflektiert auf heutige Verhältnisse adaptiert werden. Die deutsche Ordnungspolitik, die sich konzeptionell hinter dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verbirgt, hat eine kritische Überprüfung verdient, die ihre singulären Elemente herausarbeitet und diese vor dem Hintergrund sowohl der Aktualität als auch der unmittelbaren Nachkriegszeit beleuchtet.

2. Es wird sich im Weiteren erweisen, dass das dem Vortrag vorgegebene Thema retrospektiv wie prospektiv einen größeren zeitlichen Rahmen erfordert. Zunächst soll kursorisch – um der Chronistenpflicht zu genügen – die wirtschaftliche Situation nach Kriegsende und die damit gestellte Aufgabe skizziert werden. Drittens wird nach den Grundlinien der Wirtschaftspolitik unter dem Besatzungsregime gefragt. Viertens werden die Anpassungsprozesse an Währungsreform und Preisfreigabe beleuchtet, um abschließend nach den Lehren für die Gegenwart Ausschau zu halten.

II. Die wirtschaftliche Situation zwischen Kriegsende und Währungsreform

3. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands nach 1945 war dramatisch. Aufgrund von Besatzung und Kriegsschäden herrschten Ungewissheit und Apathie; die seit 1936 intensivierte Vorbereitung auf den Krieg, verbunden mit einem allgemeinen Preis- und Lohnstopp, hatte das Wirtschaftssystem geschwächt, die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung war weitgehend aufgehoben. Zugleich gab es keinerlei Möglichkeiten der Erwartungsstabilisierung, die eine wichtige Voraussetzung wirtschaftlicher Genesung ist. Einen in der öffentlichen Wahrnehmung sich aufdrängenden historischen Referenzpunkt für den wirtschaftspolitischen Neubeginn gab es nicht, ein wirklich überragendes Paradigma bot sich nicht an. Die sozialistische Doktrin war – solange der Zusammenhang zu einer bestimmten Regierungsform nicht offenkundig war – allenfalls naiv emotional attraktiv. Jedenfalls mussten Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik den Mut zu wahren Experimenten haben.

4. Weit mehr als die Hälfte allen städtischen Wohnraums war dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen, Millionen waren „ausgebombt“. Die meisten Brücken über die

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

großen Flüsse waren zerstört, die Verkehrsadern unterbrochen oder erheblich gestört. Durch die amerikanischen und britischen Bomben war in der letzten Phase des Krieges das deutsche Verkehrs- und Transportsystem planmäßig und gründlich zerstört worden. Weniger als die Hälfte der Lokomotiven waren in betriebsfähigem Zustand. Die wichtigsten Bahnstrecken waren zerstört oder beschädigt. Bis Oktober 1946 mussten fast zehn Millionen Menschen aus den nun von Deutschland abgetrennten Ostgebieten in den vier Besatzungszonen zusätzlich zu den Einheimischen mit Obdach und Nahrung versorgt werden. Millionen Menschen hatten längere Zeit kein Wasser, kein Gas, keine Elektrizität zur Verfügung. Der kalte Winter 1946/47 wurde zur Katastrophe: Ernährungs- und Energieversorgung sowie der Verkehr brachen zusammen. Die Selbstmordrate erreichte ihren Höchststand. Nur die Hilfe Großbritanniens und insbesondere der USA verhinderte ein Massensterben in Deutschland.

5. Die Industrie hingegen war in deutlich geringerem Maße beschädigt als das Transportwesen. Nach dem rasenden Ausbau moderner Fertigungsanlagen und der qualifikationssteigernden Reform der industriellen Berufsausbildung im Dritten Reich hatten die zumeist wenig treffsicheren alliierten Bombenangriffe die industrielle Kapazität zwar dezimiert, diese lag aber – zumindest nach einer ersten Beseitigung von Schäden an Gebäuden und Anlagen – laut Werner Abelshauser noch über dem Vorkriegsniveau.[1] Bei den Arbeitskräften zeigt sich ein differenziertes Bild: Zwar kamen Millionen Zuwanderer aus den ehemals deutschen Ostgebieten, die die Dezimierung der lokalen Bevölkerung mehr als ausglichen, dabei handelte es sich allerdings um relativ viele körperlich weniger leistungsfähige Ältere und Frauen.[2] Trotz theoretisch vorhandener Kapazitäten lief die industrielle Produktion aufgrund von Organisations- und Koordinationsproblemen, Rohstoffmangel und zerstörter Transportwege nur schleppend wieder an. Auch die hohe Steuerbelastung dämpfte das Wachstum: Der Alliierte Kontrollrat setzte zur Sanierung öffentlicher Haushalte den Einkommensteuerhöchstsatz (ab 60.000 RM) auf 95 Prozent fest. Die Körperschaftsteuersatz reichte progressiv von 53 bis 65 Prozent. So lag die Produktion in der Bizone im Oktober 1947 noch weit unter dem Vorkriegsniveau 1936: Die Stahlproduktion betrug 26 Prozent, Textil 34 Prozent, Maschinenbau und Chemie je 41 Prozent.[3]

6. Um die Not zu lindern und Europa wirtschaftlich Schub zu geben, installierten die USA den Marshallplan, von dem quantitativ Großbritannien, Frankreich und Italien mehr als die Bundesrepublik profitierten. Fritz Baade, der Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, schätzte 1948 den Schaden für die deutsche Volkswirtschaft durch Demontagen, Zwangsexporte und Zwangsisolation der deutschen Wirtschaft auf das Doppelte der Marshall-Hilfe. Trotzdem entfaltete der Plan eine bedeutende psychologische Massenwirkung in Deutschland, verhalf zum Entstehen einer Aufbruchstimmung und gab in der Selbstfindung der deutschen Wirtschaftspolitik dem marktwirtschaftlichen Konzept Rückendeckung.[4]

7. Die Nationalsozialisten hatten den Krieg mit Hilfe der Reichsbank finanziert. Die inflationäre Geldvermehrung konnte aufgrund des Preis- und Lohnstopps und durch die Rationierung der Konsumgüter bis zum Ende des Krieges verschleiert werden. Doch nach 1945 standen 300 Mrd. im Umlauf befindlichen Reichsmark ein im Vergleich winziges Warenangebot gegenüber. Das staatliche Bewirtschaftungssystem des Dritten Reiches, das von den Alliierten beibehalten wurde, wurde vom Schwarzmarkt umgangen, da die Konsumenten innerhalb des Rationierungssystems das Lebensnot-

---

[1] Vgl. H. Giersch, K.-H. Paqué, H. Schmieding, The Fading Miracle. Four decades of market economy in Germany. Cambridge UK, 1994, S. 16f. Über das Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs infolge des Krieges ist sich die Wissenschaft uneins; für Westdeutschland wird ein Produktionseinbruch um 20 Prozent für plausibel gehalten.

[2] Vgl. W. Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004, S. 72ff.

[3] Vgl. W. Abelshauser: Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Stuttgart 1975, S. 5.

[4] Vgl. W. Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Hamburg 1998, S. 28ff.

wendige nicht erwerben konnten. Deutschland war ein Land mit drei Währungen geworden: Staatliche Gehälter und Steuern wurden in Reichsmark gezahlt, zudem gab es für den Verkehr zwischen Alliierten und deutschen Stellen Besatzungsgeld, das nicht in Reichsmark umgewechselt werden konnte. Das wertstabilste Zahlungsmittel waren Zigaretten, für die man auf dem Schwarzen Markt fast alles erhalten konnte. Zudem gab es den "Grauen Markt" der Kompensationsgeschäfte, ohne den die bescheidene Nachkriegsindustrie nicht funktionierte. Dabei wurde ein Teil der produzierten Waren am Bewirtschaftungssystem vorbei gegen Rohstoffe und Betriebsmittel eingetauscht.

Den Alliierten war klar, dass eine Währungsreform notwendig sein würde, um den erheblichen Zahlungsmittelüberhang zu senken und von der archaischen Tauschwirtschaft wieder zu einer funktionierenden Geldwirtschaft zu kommen. Unter Federführung der US-Ökonomen Colm, Dodge und Goldsmith wurde der sogenannte CDG-Plan entwickelt, der wesentliche Elemente der späteren Währungsreform vorzeichnete[5]. Die neue Zentralbank „Bank deutscher Länder“ wurde nach angelsächsischem Vorbild föderal gestaltet, und die Währungsreform trat am 20.06.1948 in Kraft. Durch die Umstellung der Sparguthaben zum Kurs 100:6,5 wurde der riesige Geldüberhang gesenkt, jedoch nicht völlig beseitigt. Die Reform bedeutete auch ein Ende des Hortens, das die Händler in Antizipation der Währungsumstellung betrieben hatten.[6]

III. Wirtschaftspolitik unter den politischen Bedingungen der Besatzung

8. Die Währungsreform verlieh der Debatte über die künftige Wirtschaftsordnung in Westdeutschland neuen Schwung, die im Fadenkreuz verschiedener Wirkungszusammenhänge stand.

o Wie nach dem ersten Weltkrieg fanden auch nach dem zweiten Weltkrieg sozialistische Ideen großen Widerklang. In Deutschland und großen Teilen Europas war die Meinung weit verbreitet, das kapitalistische System habe versagt, es gewährleiste keinerlei sozialen Schutz und führe zu Massenarbeitslosigkeit und letztlich zur Zerrüttung des jeweiligen politischen Systems. Der Kapitalismus sei letztendlich mitschuldig am Aufstieg der Nationalsozialisten. Diese Denklogik zog sich vom Stammtisch bis zu den Universitäten. Zudem war eine Siegermacht, das Vereinigte Königreich, just dabei, unter der neu gewählten Labour-Regierung die Stahlindustrie und das Gesundheitswesen zu verstaatlichen. Diese Wirtschaftspolitik fand in Deutschland bis in die CDU hinein Anhänger. In ihrem Ahlener Programm von 1947 forderte die Partei die Verstaatlichung von Bergbau und Eisenindustrie sowie die aktive Lenkung der Wirtschaft durch den Staat.[7]

o Neben der aktuellen Erfahrung von Zwangswirtschaft, Krieg und Zusammenbruch wirkte auch die tiefer liegende Meinungsprägung durch das offenkundige Versagen der liberalen Wirtschaftsordnung – des Kapitalismus – in der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts nach. Die Doktrin des Laissez-faire war kompromittiert, man suchte mit einem „liberalen Interventionismus“ der „Versumpfung des Kapitalismus“ – so Eucken – entgegen zu wirken[8]. Die Schlussfolgerung war eine starke Regulierung nicht gegen, sondern – so Rüstow – „in Richtung der Marktgesetze, nicht zur Aufrechterhaltung des alten, sondern zur Herbeiführung des neuen Zustandes, nicht zur Verzögerung, sondern zur Beschleunigung des natürlichen Ablaufs“[9]. Damit war klar: „Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, fordert

---

[5] Vgl. Chr. Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Deutschland. In: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. München 1998, S. 91 ff.

[6] Vgl. Weimer, aaO, S. 40ff.

[7] Vgl. Giersch, Paqué, Schmieding, aaO, S. 31ff.

[8] W. Eucken: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus. In: Weltwirtschaftliches Archiv 36 (1932), S. 307.

[9] A. Rüstow in der Aussprache auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1932 in Dresden, vgl. F. Boese (Hrsg.), Deutschland und die Weltkrise (Schriften des Vereins für Socialpolitik, 187), München, Leipzig 1932, S. 64 f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessen, da, wo er hingehört“[10].

o Schließlich darf man nicht übersehen, dass die Besatzungsmächte ihre eigenen wirtschaftspolitischen Erfahrungen und Vorstellungen einbrachten. Dabei waren die Vereinigten Staaten angesichts ihrer militärischen wie ökonomischen Potenz eindeutig unter den Westalliierten dominierend. Dabei war das prioritäre Motiv der US-Regierung bedeutsam[11]. Ging es zunächst darum, wirtschaftlich Deutschland kriegsunfähig zu machen, so wurde bald danach gehandelt, ein wirtschaftlich wieder erstarktes Deutschland in die Weltwirtschaft zu reintegrieren. Vor diesem Hintergrund hat amerikanisches Eingreifen maßgebliche Bedeutung für die Umsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien erlangt.

9. Innerhalb Deutschlands hatte die wirtschaftsliberale Politik in Ludwig Erhard ihren mächtigsten Fürsprecher. Erhard hatte sich bei den Alliierten unter anderem dadurch einen Namen gemacht, dass er 1944 eine Denkschrift (Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung) verfasste, in der er unverblümt von einer militärischen Niederlage Deutschlands ausging und den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg skizzierte. Er wurde am 2. März 1948 auf Vorschlag der FDP zum Direktor der „Verwaltung für Wirtschaft“ des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gewählt und zeichnete damit für die Wirtschaftspolitik in den westlichen Besatzungszonen verantwortlich. Erhards Liberalismus steht vor dem ordnungstheoretischen Hintergrund von Eucken, Röpke, Müller-Armack und anderen. Erhards Wirtschaftspolitik und theoretischer Ordnungspolitik lag dieselbe krisenhafte Urerfahrung zugrunde, nämlich „The Great Disorder“ von der Hyperinflation 1922/23 bis zur Weltwirtschaftskrise in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts. Aufgrund dieser Erfahrungen war die „freie Marktwirtschaft“ weitgehend diskreditiert, um nach Alternativen Ausschau zu halten. Als es nach dem Zweiten Weltkrieg um die Formulierung einer neuen Wirtschaftspolitik ging, lagen diese Alternativen – in Studierstuben ausgearbeitet – vor. Hier war klar, wohin die Reise wirtschaftsordnungspolitisch gehen musste: in Richtung Freiheit und starker Staat. Dabei konnten Müller-Armack und Erhard gleichermaßen auf Arbeiten zurückgreifen, die während der Nazidiktatur für die Zeit danach entworfen worden waren. Müller-Armack sprach von einer „sozial gesteuerten Marktwirtschaft, da sie nicht ungesteuert sich selbst überlassen bleiben könne. Auch Erhard lehnte in diesem Sinne die staatliche Intervention nicht ab und bejahte mit Nachdruck den Primat des Staates. Gegen die Sozialisierung der Ökonomie wandten sich die Vordenker des Ordoliberalismus selbstverständlich. Für sie stand der besondere Wert individueller Freiheit im Mittelpunkt. Für die Ordoliberalen war die Soziale Marktwirtschaft ein Mittelweg zwischen dem Laisser-faire-Kapitalismus und der kollektivierenden Planwirtschaft.[12]

10. Die Ideen der Freiburger Schule von Böhm und Eucken sowie der Kölner Schule von Müller-Armack fügten sich zu einem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ zusammen, welche als Begriff erstmals in Müller-Armacks „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ von 1947 auftauchte. Sein Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ hat zum Ziel, sowohl die individuelle Freiheit als auch den sozialen Ausgleich und eine Chancengerechtigkeit zu erreichen und dadurch die Nachteile von Laisser-faire-Liberalismus einerseits und Wirtschaftsplanung andererseits zu vermeiden. Daher empfahl er „marktkonforme Interventionen“ und verfolgt die Leitidee einer sozialen Aussöhnung aller gesellschaftlichen Gruppen. Aufgabe der Sozialpolitik ist es, die Gleichheit der Startbedingungen zu sichern und diejenigen, die ihre Existenz nicht aus eigener Kraft sichern können, mit einer Mindestsicherung auszustatten.[13] Ludwig Erhard

---

[10] Rüstow, aaO, S. 69

[11] Vgl. Chr. Buchheim: Die amerikanischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. In: P. Hampe, J. Weber (Hrsg.): 50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft. Eine Erfolgsstory vor dem Ende? München 1999, S. 34 ff.

[12] Vgl. Weimer, aaO, S.56ff.

[13] 1952 wurde Müller-Armack zum Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik sowie der Grundsatzab-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

adoptierte den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ alsbald als Slogan für seine politische Idee, aufgrund der überlegenen Effizienz der Marktwirtschaft einen Wohlstand für alle zu sichern. Die Soziale Marktwirtschaft wurde so bald zum offiziellen Programm der CDU.

11. Zahlreiche Deutsche teilten Erhards Überzeugungen nicht. Dieses fundamentale Bekenntnis zur Ordnung der Freiheit war – anders als man im Rückblick angesichts der Erfahrungen der Diktatur erwarten sollte – durchaus isoliert. Es gehört zu den interessantesten Fragen unserer Geschichte, warum der Nationalsozialismus für eine Vielzahl von Intellektuellen so attraktiv und anziehend gewesen war. Ralf Dahrendorf begründet dies mit dem Angebot an Bindung, Führung und nationalistischer Verklärung in einer Zeit, in der erstmals das Erlebnis der Zerrüttung in der Massengesellschaft fühlbar wurde.[14] Nach 1945 war der Nationalismus durch das Dritte Reich diskreditiert, für den Sozialismus galt dies hingegen keinesfalls. Er erschien vielen weiterhin als das System der Wahl für eine Identität und Halt suchende Gesellschaft. Im Gegensatz dazu erschien der Liberalismus als unstet und zu anspruchsvoll für die angespannte Nachkriegssituation. Denn das Bekenntnis zur Freiheit in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft verlangt den Individuen die „Bereitschaft, mit den Widersprüchen und Konflikten der menschlichen Welt zu leben“, und die „leidenschaftliche Hingabe an die Vernunft als Instrument der Erkenntnis und des Handelns“ ab.[15] Dies falle schon deshalb nicht leicht, weil die im Namen der Vernunft geschaffenen Institutionen – Wissenschaft, Demokratie und Marktwirtschaft – als kalt erscheinen. Jedenfalls sei es leichter, „Empörung gegen ihre Exzesse und Ungleichheiten zu mobilisieren als Begeisterung für ihre Stärken“.[16]

12. Auch die Alliierten standen der im Grundsatz gewünschten Aufhebung staatlicher Regulierungen angesichts des von Ludwig Erhard vorgelegten Tempos skeptisch gegenüber. Am Vorabend der Währungsreform musste Erhard den US-Militärgouverneur Clay lange per Telefon von seinem Plan, die Zwangswirtschaft möglichst bald zu beenden, überzeugen, was dieser letztlich duldete. Am Tag der Währungsreform verkündete Erhard die weitgehende Beendigung der Zwangsbewirtschaftung und Preisbindung. Er ging damit erheblich über das hinaus, was ihm von den Alliierten zugestanden war. Insbesondere Briten und Franzosen waren verärgert, da in ihren Heimatstaaten die Bewirtschaftung weiterhin bestand. Trotzdem gaben die Militärgouverneure grünes Licht für das „Leitsätzegesetz“, das Erhard als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft dazu ermächtigte, Waren und Dienstleistungen von der bisher geltenden Preisbindung zu befreien. Erhard nutzte diese Freiheit, um rasch das Dickicht von Preisregulierungen zu lichten; übrig blieben allein Höchstpreise für Kohle, Stahl, Treibstoffe, Strom, Wasser und Gas sowie Mieten.[17]

13. Innerhalb welchen regulativen Kranzes fanden diese Liberalisierungen statt? Bei der Beantwortung dieser Frage ist die Tatsache aufschlussreich, dass ordoliberale Wirtschaftspolitik aus der Erfahrung der großen Krise der frühen dreißiger Jahre und weniger aus dem Zusammenbruch von 1945 geprägt ist. Die wirtschaftspolitische Hinterlassenschaft des Dritten Reiches war nämlich durchaus zwiespältig.

o Auf der Negativseite standen die Kartellierung der Industrien und der Versuch zentraler Steuerung in der Kriegswirtschaft. Kriegsbewirtschaftung, weitgehende Ausschaltung des Preismechanismus sowie aufgestaute Inflation verlangten nach wirtschaftspolitischen Befreiungsschlägen, die

---

teilung im Bundeswirtschaftsministerium ernannt, woraus sich in enger Zusammenarbeit mit Erhard die Möglichkeit der Umsetzung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse in die wirtschaftspolitische Praxis vereinfachte.

[14] Vgl. R. Dahrendorf, Versuchung zur Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung. München 2006, S. 26 ff.

[15] Dahrendorf, aaO., S. 79.

[16] Dahrendorf, aaO, S. 76.

[17] Vgl. Weimer, aaO, S.58ff.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

Ludwig Erhard im Zuge der Währungsreform 1948 mutig vollbrachte.

o Auf der Positivseite stand aus den Jahren 1934 bis 1937, als Hjalmar Schacht Reichswirtschaftsminister gewesen war, eine „weitgehend funktionsfähige Reserve-Wirtschaftsordnung“ zur Verfügung, die – so Albrecht Ritschl – „zeitgleich mit der Währungsreform, durch den einfachen Akt einer Aufhebung der Preisbewirtschaftung wieder in Kraft gesetzt werden konnte. Dieser Umstand hat wesentlich zum raschen Erfolg der Erhardschen Wirtschaftsreformen beigetragen“.[18] Mit der Regulierung des Kreditwesens, des Versicherungswesens, der Handwerksordnung, der industriellen Berufsausbildung im dualen System, des Kammerwesens der freien Berufe, der Energiewirtschaft, der Personen- und Güterbeförderung, des Ladenschlusses, des Monopols der kassenärztlichen Vereinigungen oder der Kostenkalkulation bei öffentlicher Auftragsvergabe in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war die eigentliche Reform der Wirtschaftsordnung gegenüber dem Kaiserreich gelungen.

Auch die Regulierungspolitik des Dritten Reiches war größtenteils von Industrialisierungskritik und Globalisierungsangst getrieben und durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise geprägt. Damit stand sie durchaus im Einklang mit den Prägungen jener wirtschaftsliberalen Ökonomen, die zur Durchsetzung ihrer Ordnungsideen den „starken Staat“ als Bedingung sahen. Handwerksordnung und Kreditwesengesetz, nach dem Krieg von den Alliierten außer Kraft gesetzt, wurden 1955 – nach teilweise wiedererlangter Souveränität Deutschlands – erneut eingeführt. Lediglich das Kartellverbot überlebte aus alliierter Zeit, allerdings stand dies völlig in Einklang mit den ordnungspolitischen Vorstellungen liberaler Ökonomen und Wirtschaftspolitiker und besaß zudem Anknüpfungspunkte zur wirtschaftspolitischen Diskussion der Brüning-Zeit sowie im Jahre 1933.[19]

IV. Anpassungen nach Währungsreform und Freigabe der Preise

14. Resultat der Preisfreigabe war eine völlige Neukoordination des Angebots und der Nachfrage, wobei beide schlagartig, aber asymmetrisch, anstiegen. Der Nachholbedarf an Gütern war erheblich, viele Geschäfte waren bald nahezu leer gekauft, was die Konsumenten in ihrer Unkenntnis über die zukünftig verfügbaren Warenbestände zu weiteren Käufen trieb. Bei einem lokalen Nachfrageüberschuss bemühten sich Anbieter, die Waren schnellstmöglich zu besorgen oder gar selbst zu basteln – ein Impuls des materiellen Schaffens erfasste die Deutschen. Die Preise entwickelten sich dementsprechend unvorhersehbar, teils insular, widersprüchlich und extrem. Sämtliche Marktteilnehmer waren nach den jahrelangen Preiskontrollen nicht daran gewöhnt, sich auf freien Gütermärkten zu bewegen, das Warensortiment war oft noch von Zufälligkeiten geprägt, und der überregionale Warenhandel lief nur schleppend an. Bald erschreckten Preissteigerungen weite Bevölkerungsteile, die sich von der neuen D-Mark Stabilität erhofft hatten.

Die Gewerkschaften riefen zu einem Käuferstreik auf, und auf Wochenmärkten randalierten erboste Konsumenten. Auch Erhard selbst wurde zur Zielscheibe und in den Medien als „weltfremd und interessengesteuert“ kritisiert. Im August stellte die Opposition – freilich vergeblich – den Antrag, Erhard den Posten des Wirtschaftsdirektors zu entziehen. Erhard reagierte auf all diese Turbulenzen mit ausdauernden Versuchen, die Bevölkerung in Reden und Diskussionen für sein marktwirtschaftliches Konzept zu gewinnen. Die Gewerkschaften reagierten darauf mit einem Generalstreik am 12. November 1948, dem einige Millionen Arbeitnehmer folgten, und forderten das Ausrufen des wirtschaftlichen Notstandes, die Einsetzungen eines Preiskommissars, die Lenkung der Rohstoffe und Kredite – kurz gesagt, die

[18] A.Ritschl: Der späte Fluch des Dritten Reichs: Pfadabhängigkeiten in der Entstehung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2005 6(2), S. 153.

[19] Vgl. Ritschl, aaO., S. 154ff.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

Einführung einer Planwirtschaft. Das verbale Tauziehen um die Marktwirtschaft ging unvermindert weiter und gehört, in anderen Tonarten, auch heute noch zum deutschen politischen Diskurs. In der Industrie konnten bald exorbitante Produktionssteigerungen verzeichnet werden. Lag die industrielle Produktion im 2. Quartal 1948 noch bei etwa 50 Prozent des 2. Quartals 1936, so lag sie sechs Monate später bereits bei 76 Prozent. Zwar war die Rekonstruktion bereits vor der Währungsreform in Gang gekommen, doch die Reform gab allen Branchen einen enormen zusätzlichen Produktionsschub.[20]

15. Der wirtschaftspolitische Kurs Erhards wurde am 15. Juli 1949 mit den „Düsseldorfer Leitsätzen" zum Wahlprogramm der CDU. Programmentwurf und der Slogan „Soziale Marktwirtschaft" gingen auch hier auf Alfred Müller-Armack zurück. Die soziale Marktwirtschaft war damit nicht mehr allein Ausdruck des spezifisch deutschen Ordoliberalismus, sie wurde nun zur politischen Strategie. Während Müller-Armack die Verbindung der aktiven Sozialpolitik mit einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung durchaus befürwortete, stellte Ludwig Erhard stets den Gegensatz von Markt- und Planwirtschaft heraus.[21] Die SPD hingegen wollte zumindest die keynesianische Globalsteuerung, Kurt Schumacher forderte gar die Verstaatlichung der Großindustrie und der Finanzinstitute. Erhard urteilte später selbst, der erste Wahlkampf der noch jungen Bundesrepublik sei praktisch nur um die Soziale Marktwirtschaft geführt worden, um Preise, Selbständigkeit und Freiheit. Dass der Wirtschaftsaufschwung bis zum Wahltermin im August 1949 ungebrochen anhielt – das Niveau der Industrieproduktion lag bereits wieder bei 94 Prozent des Niveaus von 1936 –, half der CDU, die Wahl, wenn auch denkbar knapp, zu gewinnen.[22]

16. Als die Preisfindung auf den Märkten allmählich immer besser funktionierte, die Produktion rasch gesteigert, professionalisiert und rationalisiert wurde, erwuchs daraus das nächste Problem für die deutsche Wirtschaft in Form einer Massenarbeitslosigkeit. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg von 600.000 im Jahr 1948 auf knapp 2 Mio. im Jahr 1950. Die Opposition bezeichnete die Arbeitslosigkeit als böse Auswüchse des neu installierten Kapitalismus, strengte Verfassungsklagen an und forderte eine planende Wirtschaftsführung. Auch aus dem Ausland wurde Erhard heftig attackiert. Vertreter der Alliierten drängten Deutschland zu einer Wirtschaftspolitik die damals als modern galt und Elemente von Sozialismus und Keynesianismus vereinigte. So forderte die Marshallplan-Verwaltung im Angesicht der Arbeitslosigkeit 1950 und unter Androhung der Sperre von Marshallplan-Investitionen, die deutsche Regierung solle einen begrenzten Rückfall in die Zwangswirtschaft in Kauf nehmen und erhebliche Kreditexpansion betreiben.[23] Zudem kam es während des Korea-Krieges zu einem extremen Anstieg der Rohstoffpreise; so verdoppelte sich der Preis für Buntmetalle und verfünffachte sich der für Kautschuk. Weltweit, aber vor allem in Deutschland kam es zu Hortungskäufen bei Gütern des täglichen Bedarfs. Dies war ein starker Inflationsimpuls, und die Skeptiker der Marktwirtschaft sahen sich bestätigt.

17. Angesichts rapide steigender Preise und Arbeitslosenzahlen, Hortungen und Spekulationsgeschäften forderte z.B. die Europäische Wirtschaftskommission der UN, welche von skandinavischen und britischen Sozialisten dominiert wurde, ein Ende der liberalen deutschen Wirtschaftspolitik. Der US-amerikanische Leiter der Marshallplanverwaltung, Cattier, erklärte, eine freie Wirtschaft sei ein in diesen Zeiten unangebrachter Luxus.[24] Und 1951 richtete der US-amerikanische Hohe Kommissar John McCloy ein Ultimatum an die Bundesregierung, mit Preiskontrollen und Prioritätsplänen die Verteidigungsanstrengungen der westlichen Welt im Korea-Krieg zu unterstützen und die Kohlelieferungen an weniger wichtige

[20] Vgl. Weimer, aaO, S. 67.
[21] Vgl. Abelshauser (2004), S. 162.
[22] Vgl. Weimer, aaO, S. 73ff.
[23] Vgl. Weimer, aaO, S. 83ff.
[24] Vgl. Weimer, aaO, S. 91.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

Industrien zu untersagen. Andernfalls würden die Rohstofflieferungen nach Deutschland eingestellt. Die Bundesregierung weigerte sich jedoch, die deutsche Wirtschaft derart zu lenken oder an ihren beträchtlichen Kohleimporten in irgendeiner Weise zu hindern. Es waren letztlich die Unternehmensverbände unter der Führung des BDI, die den Vereinigten Staaten in der Sache entgegenkamen, ohne dass staatliche Planregelungen dazu erforderlich gewesen wären. Die Verbände installierten ein lockeres Beschaffungskartell, das eine feste Aufteilung der Rohstoffimporte nach Industriezweigen garantierte. Nach den eher antikorporatistischen Weichenstellungen 1947/48 folgte aus der US-Interventionspolitik eine Wende im deutschen Verhältnis von Wirtschaft und Staat.[25]

18. Auch das Lager der Unternehmer sparte nicht mit Kritik an der liberalen Erhardschen Wirtschaftspolitik. Insbesondere die Öffnung der Landesgrenzen für ausländische Konkurrenz missfiel ihnen, denn ganze Branchen hatten aufgrund der Autarkiepolitik der Nationalsozialisten verlernt, sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen. Gegen das bereits mit der Währungsreform angekündigte Kartellverbot liefen die Unternehmensverbände ebenfalls Sturm. Ludwig Erhard schrieb, eine kartellierte Wirtschaft könne „ihren sozialen Verpflichtungen nur in unzureichendem Maße nachkommen."[26] Dieser Aspekt von Ludwig Erhards praktischer Wirtschaftspolitik steht in der Tradition von Walter Euckens theoretischen Überlegungen. Eucken betonte in besonderer Weise das Problem der wirtschaftlichen Macht. „Weder die Politik des Laisser-faire, die die Vertragsfreiheit zur Zerstörung der Freiheit missbrauchen lässt, noch eine Monopolkontrolle, welche die Bildung von Machtkörpern erlaubt und nur Missbräuche bekämpfen will", können – so Eucken – das Problem der wirtschaftlichen Macht lösen. „Nicht gegen die Missbräuche vorhandener Machtkörper sollte sich die Wirtschaftspolitik wenden, sondern gegen die Entstehung der Machtkörper überhaupt. Sonst besitzt sie keine Chance, mit dem Problem fertig zu werden."

19. Eucken wurde geprägt durch die – von staatlicher Seite zumindest geduldete und oft gar geförderte – Konzentration wirtschaftlicher Macht in Form von Kartellen, Syndikaten und Quasi-Monopolen seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Diese „kapitalistische Organisation" wurde lange als dem „Konkurrenzkapitalismus" überlegen angesehen, was mit der geltenden theoretischen Position in Einklang stand, welche enge, oligopolähnliche Marktstrukturen – wie sie in der Grundstoff- und Schwerindustrie schon damals nicht selten waren – für instabil hielt. Kartelle und Kartellzwang wurden Ende des 19. Jahrhunderts als mit der Gewerbeordnung vereinbar bewertet. Die Sozialisierungsgesetze von 1919 taten ihr übriges, später fortgesetzt durch Syndikate in einzelnen Branchen. In der Weimarer Republik wurde zwar 1923 mit der Kartellverordnung eine Missbrauchsaufsicht etabliert, die sich jedoch als wenig effizient erwies. Im Dritten Reich schließlich wurden viele Branchen zwangskartelliert. Es zeigte sich laut Eucken, „dass jede weitere Konzentration von Macht durch eine Politik der korporativen Ordnung oder eine Politik zentraler Wirtschaftslenkung oder der Verstaatlichung das Problem der ökonomischen Macht nicht löst. Macht bleibt Macht, von wem auch immer sie ausgeübt wird".

20. Die Schlussfolgerung für Eucken und Gleichgesinnte war – wie bereits angedeutet – eine starke Regulierung nicht gegen die Marktgesetze, wie zuvor, sondern vielmehr in ihre Richtung, nicht zur sklerotischen Beibehaltung tradierter Produktionsorganisationen, sondern zur Stärkung des natürlichen marktlichen Wandels. Damit war klar, dass der neue Wirtschaftsliberalismus einen starken Staat benötigt, der oberhalb aller Einzelinteressen angesiedelt ist. Damit verband sich zugleich die Perspektive einer umfassenden Ordnung, welche die Interdependenzen der verschiedenen Bereiche – Wirtschaft, Politik, Recht und Kultur – im

---

[25] Vgl. Abelshauser, aaO, S. 166ff.

[26] Bereits die Siegermächte hatten 1945 die klare Vorstellung, Deutschland müsse dauerhaft von Kartellen und Konzernen befreit und nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch dezentralisiert werden.

Blick hat und Kollateralwirkungen zu vermeiden versucht. Die Grundidee bestand in einer systematisch auf ein Ziel ausgerichteten Ordnung des Wirtschaftslebens, die diese zugleich von einem an Einzelfällen orientierten Interventionismus befreit. Doch das Kartellverbot ließ auf sich warten. Es sollte fast zehn Jahre dauern, bis nach zahlreichen Referentenentwürfen, Regierungsvorlagen, BDI-Vorschlägen sowie inner- und außerparlamentarischem Tauziehen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen 1958 endlich in Kraft trat.[27]

V. 1929 – 1948 – 2007: Lehren für die heutige Zeit

21. Die Soziale Marktwirtschaft und ihr ordnungspolitisches Fundament sind in der Zusammenschau kein ganz simpler, in sich geschlossener Gegenstand. Ein historischer Schleier überdeckt manche Entstehungslinien der Sozialen Marktwirtschaft, ihre regulatorische Basis und einige Ingredienzien ihres Erfolges. Eine Stunde Null fand statt – und auch wieder nicht. Halten wir wesentliche Ergebnisse fest, von denen wir einige anschließend vertiefend betrachten wollen.

o Die Etablierung der marktwirtschaftlichen Ordnung ist stets ein Sieg der Freiheit. Währungsreform und Preisfreigabe erscheinen ex post unvermeidlich, in der gegebenen Situation hatten sie auch experimentellen Charakter. Erfahrungen, die in Politik und Gesellschaft Überzeugungskraft gehabt hätten, konnten kaum wirksam werden. Getragen hat nur die Wirkungserwartung einer Ordnung, die Freiheit und Verantwortung, Kompetenz und Haftung zwingend miteinander verknüpft.

o Die Rolle des Staates ist auch in der Perspektive der Ordnungspolitik weit entfernt von Nachtwächter und dem Grundsatz des Laissez-faire. Die Erfahrungen von 1929 prägten direkt und indirekt das wirtschaftspolitische Handeln nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei weisen funktionsbestimmende Regelwerke auf die Wirtschaftsordnungspolitik der dreißiger Jahre zurück.

o Das Werben für die Freiheit trägt nicht aus sich heraus, sondern nur mit dem zertifizierenden Gütesiegel des erlebten Wohlstands durch faire Einstiegs- und Aufstiegschancen. Der dafür notwendige hohe Grad an Wettbewerbsintensität muss erkämpft werden. Der Versuch, dies zu behindern, ist allemal attraktiv.

o Walter Euckens Masterplan, der letztlich den wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack zugrunde lag, trägt mit den ihm beschriebenen konstituierenden und regulierenden Prinzipien einer dauerhaft funktionsfähigen Wettbewerbsordnung unverändert[28]. Nur wenn die Verfügungsrechte über Privateigentum gesichert sind, die Vertragsfreiheit gewährleistet und die Haftung sanktionsbewehrt ist, kann die Verfolgung des Rationalprinzips ihre den Wohlstand mehrende Funktion erfüllen. Die Frage bleibt, wo unter den Bedingungen der globalen Arbeits-, Wissens- und Risikoteilung Ergänzungen notwendig sind.

22. Zunächst: Die von diversen politischen Lagern oft beschworene Rückkehr zum wirtschaftspolitischen Rahmen zu Zeiten Ludwig Erhards führt an ein Ziel, welches in der Regel nicht angepeilt und nicht erwartet wird. So gilt nach Ritschl: „Verborgen hinter dem Mythos von der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, ruht der nachkriegsdeutsche Verbändestaat noch heute in weiten Bereichen auf ständestaatlichen Fundamenten aus dem Dritten Reich“.[29] Der Vorteil für die junge Bundesrepublik bestand in der sofortigen Wirksamkeit einer Wirtschaftsordnung nach der Währungsreform, ohne dass dafür politische Konflikte durchgestanden werden mussten. Der „starke Staat“ gehört nicht nur theoretisch zur Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch ganz praktisch existentiell. In gewisser Weise war dies unausgesprochen die Bedingung der Preisfreigabe und der Erfolge von Erhards Politik: Trotz des rauen Starts waren die 1950er Jahre eine außergewöhnlich

[27] Vgl. Weimer, aaO, S.87ff.

[28] Vgl. W. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 7. Aufl., Tübingen 2004, S. 254 ff.

[29] Ritschl, aaO, S.164.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

erfolgreiche Zeit für die deutsche Volkswirtschaft. Gab es im Jahre 1950 erst 20 Mio. Erwerbstätige, so waren es 1960 bereits knapp 25 Millionen. Das Bruttosozialprodukt stieg um 100 Prozent, der Private Verbrauch – bei erstaunlich geringer Inflation - um 150 Prozent, und die Anzahl der Arbeitslosen sank bis 1960 auf nur 235.000.

23. Die Kontinuität der Wirtschaftsrechtslehre vom Dritten Reich in die Bundesrepublik war damit deutlich größer als gemeinhin unterstellt wird. Die Verdienste Ludwig Erhards werden dadurch nicht geschmälert. Wohl aber müssen diese geschichtlichen Linien bei einer Neujustierung der sozialen Marktwirtschaft und ihrer ordnungspolitischen Grundlagen berücksichtigt werden. Die Botschaft der historischen Analyse ist daher eindeutig: Die in ihrer Zeit gebotene Reaktivierung der Wirtschaftsordnung kann nicht das Leitbild für die zeitgemäße Überarbeitung sein. Die im internationalen Wettbewerb gebotene Überprüfung der deutschen Staatstätigkeit ist der Ausdruck einer verspäteten Modernisierung in Deutschland. Wir arbeiten immer noch an vielen Stellen an demjenigen Ordnungsrahmen, den die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in den dreißiger Jahren durch umfangreiche Regulierungstätigkeit geschaffen hatte und der durch die kriegsbedingte Bewirtschaftung nur überdeckt war. Anders gewendet: Wir machen dort weiter, wo Ludwig Erhard angesichts vielfältiger Widerstände aufhören musste.

24. Wie stellt sich das Verhältnis der Macht zwischen Staat und Markt in Zeiten der internationalen Marktverschränkung dar? Bereits Walter Eucken wies auf den raschen, den Wettbewerb stärkenden, Fortschritt der Telekommunikation und des Transports hin.[30] Im Gegensatz zu Euckens Zeit überwiegt im institutionellen Rahmen der Wirtschaftspolitik klar das Bekenntnis zum Wettbewerb und zu offenen Märkten. Das Verbot marktbeherrschender Praktiken ist unstrittig und institutionell etabliert. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit supranational wirksamen Wettbewerbsbeschränkungen begegnet werden kann. Nach Ansicht der Monopolkommission[31] kann in solchen Fällen dem negativen externen Effekt einer allzu permissiven ausländischen Wettbewerbspolitik durch ein international koordiniertes Vorgehen der Wettbewerbspolitik begegnet werden. Das Auswirkungsprinzip, wonach nationale Wettbewerbsbehörden auch Fusionen in anderen Rechtsräumen mit der Folge marktbeherrschender Stellung in der eigenen Volkswirtschaft sanktionieren können, ist bereits gängige Praxis.[32] Dies ist nichts anderes als die systematische Analyse des relevanten Marktes im globalen Kontext.

25. Während in der Wettbewerbspolitik die Globalisierung keine spezifischen Herausforderungen an die ordnungspolitische Konzeption stellt, ist dies in der grundsätzlich von Eucken erkannten Problematik der externen Effekte anders. Die Umweltpolitik kann sich heute nicht mit der Schadenskorrektur begnügen, sondern muss auch prospektive die Anforderungen künftiger Generationen beachten[33]. Ähnlich verhält es sich mit der internationalen Risikoteilung, die organisiert über globale Finanzmärkte der Vorstellungswelt Walter Euckens eher fremd war. Die Erfahrung der 2007 ausgebrochenen Kreditmarktkrise macht den Handlungsbedarf deutlich. Die Risikoteilung und -distribution darf die Anreize nicht zerlegen und das Haftungsprinzip nicht außer Kraft setzen, was bei derivater Struktur geschehen war. Letztlich sind dafür effektiv nationale Regulierungen erforderlich.

26. Schließlich können Ludwig Erhard und die ordoliberalen Theoretiker der heutigen Generation von Politikern und Wissenschaftlern durchaus Anleitung geben, wenn

---

[30] Vgl. W. Eucken, Zwangsläufigkeit der wirtschaftspolitischen Entwicklung? In: Walter-Eucken-Archiv, S. 24 f.

[31] Monopolkommission: Sondergutachten 27, Tz. 27

[32] Entsprechend führte die 6. GWB-Novelle dazu, bei Wettbewerbsanalysen sowohl Unternehmen innerhalb wie Unternehmen außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes zu berücksichtigen. Vgl. U. Böge, S. Kijewski: Orientierungslose Wettbewerbspolitik? Die Sicht des Bundeskartellamtes. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 95, März 2003, S. 5 ff.

[33] Vgl. H. Bardt, M. Hüther, Angebotsorientierte Umweltpolitik. Köln 2006.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
DIREKTOR DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
KÖLN

20. Mai 2008

www.kas.de

es um die angemessene Gestaltung nationaler Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung geht. Ihnen gemein war, sich in turbulenten, unübersichtlichen und teils grausamen Zeiten die bereits zitierte „Hingabe an die Vernunft als Instrument der Erkenntnis und des Handelns“ bewahrt zu haben. Dies mag heutzutage einfacher erscheinen: Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise sind nicht mehr schmerzhaft erlebte Erfahrungen, sondern detailliert analysierte Phänomene der Zeit unserer Großväter, und der Sozialismus hat sich in seinen Realexperimenten als wenig attraktiv erwiesen. Doch gerade die Grenzerfahrung ermöglicht es dem Individuum oft, die richtige Richtung zu erkennen. Ein sorgloses Dahinschwimmen im sicheren Becken hingegen führt leicht zu einer schleichenden Abstumpfung des Orientierungssinns, was im Falle einer erneuten Herausforderung panische und allzu oft verhängnisvolle Entscheidungen provoziert. Die Diskussion um Mindestlöhne und Höchstgehälter, die politisch in Kauf genommene Gefährdung der internationalen Investitionsfreiheit (Regulierung von Staatsfonds) sind aktuelle Beispiele für eine orientierungslose Wirtschaftspolitik.

27. Eine derartige Überforderung beobachten wir seit einiger Zeit verstärkt. Sie ist in der beschleunigten Aufspaltung der Produktionsprozesse und der immer engmaschigeren internationalen Vernetzung ökonomischer Beziehungen begründet. Sie führt dazu, dass die eigene Wettbewerbsplattform, auf der man gestern noch sicher zu stehen glaubte, heute in Frage gestellt wird. Marktergebnisse werden von weit entfernten Marktakteuren beeinflusst, die Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse nimmt zu, und die Orientierung des Einzelnen wird unscharf. Lange gültige informelle Normen, die wie eine stillschweigende Übereinkunft wirkten, werden im globalen Wandel aufgekündigt, was Vertrauensverlust hervorruft und Appelle an die Moral der Handelnden provoziert. Ebenso werden Anpassungslasten als asymmetrisch verteilt wahrgenommen. Faktenbasierte Analysen werden schwieriger, und dort, wo sie nicht mehr funktionieren, treten emotional motivierte Haltungen an ihre Stelle. Dies stellt für die im Namen der Vernunft geschaffenen Institutionen – Wissenschaft, Demokratie und Marktwirtschaft zumindest mittelbar eine Gefahr dar. Gerade die Ökonomie erscheint als kalt, da sie nicht nach den Motiven ihrer Akteure fragt, sondern nur nach den Ergebnissen ihrer Handlungen. Es ist oft – wie schon betont – leichter, „Empörung gegen ihre Exzesse und Ungleichheiten zu mobilisieren als Begeisterung für ihre Stärken“.[34] Das ökonomische Prinzip muss daher auch heute erklärt, beworben und verteidigt werden. Dies beinhaltet, die bei seiner Umsetzung entstehenden Schwierigkeiten und Verwerfungen zu erkennen sowie ernsthaft nach Lösungen oder zumindest Linderung zu suchen. Es ist essentiell, unter den Bedingungen der Globalisierung Vertrauenskapital zu bilden und zu sichern, denn, wie Wilhelm Röpke sagte: „Ohne einen Fonds wirksamer Überzeugungen von den moralischen Grenzen des Wettbewerbs kann es keine echte Lösung des Problems geben“.[35]

---

[34] Dahrendorf, aaO, S. 76.

[35] W. Röpke, Jenseits von Angebot und Nachfrage. 3. Aufl., Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1961, S. 191.